

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/190

3. Oktober 1972

Sieg in Sachen Europa

Zum "Ja"-Erfolg für die EWG in Dänemark

Seite 1 / 49 Zeilen

"SPD-Wahlplattform 1972"

Seite 2 / 28 Zeilen

Siegen am 19. November alle Parteien?

Seite 2 / 26 Zeilen

Die Katze ist aus dem Sack!

Haus- und Grundbesitzer agitieren für die
CDU/CSU

Seite 3 und 4 / 58 Zeilen

Große Reformerfolge für das Recht

Auf dem Wege zu einer sozial-humaneren Lebens-
ordnung

Von Dr. Claus Arndt MdB
Mitglied des Rechtspolitischen Ausschusses
beim SPD-Vorstand

Seite 5 und 6 / 65 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hausallee 9-10
Postfach: 120 409
Pressekasse I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 36
Telex: 868 848 / 868 847/
868 848: PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Sieg in Sachen Europa

Zum "Ja"-Erfolg für die EWG in Dänemark

Die dänische Bevölkerung hat sich in einem dramatischen Plebiszit für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft entschieden. Das Königreich im Norden, unser Nachbar an der Ostsee, wird am 1. Januar der Gemeinschaft beitreten. Der Sieg in Sachen Europa ist vor allem ein Verdienst des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Jens Otto Krag und seines Wirtschaftsministers Per Haekkerup, der vor allem den Gewerkschaftsflügel überzeugte, daß die Industriearbeiterschaft Dänemarks in der größeren Gemeinschaft bessere Zukunftschancen besitzt.

Überhaupt ist es die verantwortliche politische Führung der Parteien in Dänemark gewesen, die sich den Sieg für die EWG zuschreiben kann. Der ehem. sozialliberale Ministerpräsident Hilmar Baunsgaard, Vorsitzender der Nationalliberalen und Konservativen, war gleichfalls Streiter für die Gemeinschaft. Lediglich die Linksozialisten und Kommunisten haben sich gegen den Eintritt Dänemarks gestemmt - vorgeblich.

Auf dem deutschen Markt wird man nun auch zunehmend dänische Agrarerzeugnisse und hochwertige industrielle Produkte, vor allem auf dem elektronischen Sektor, antreffen können. Zölle und Abschöpfungen werden schrittweise abgebaut. Durch eine energische Strukturpolitik der Regierung in Kopenhagen ist es gelungen, daß Dänemark seinen Export nunmehr schon zu 60 vH. aus industriellen Erzeugnissen bestreitet. Auf diesen Export ist es angewiesen. Davon erwartet es viel. Die Abwertung der Krone, die nach einer ECU-Niederlage unweigerlich gekommen wäre, wurde nicht vorgenommen.

Mit Dänemark stößt zu der Gemeinschaft ein Staat, der bemüht sein wird, deutlich neue Akzente zu setzen. Landschafts- und Umweltschutz, Kontrolle internationaler Konzerne, die deutliche Mitsprache der Verbraucher neben den Erzeugern, das schnelle Steigen des sozialen Standards der Industriearbeiterschaft und Bauern: das alles wird nun von den Dänen in der europäischen Wirtschaft gefordert werden. Dänemark wird das auch im Interesse der Norweger, der Schweden und der Finnen verlangen und soweit es geht durchsetzen.

Es ist sozusagen die sozial-humane Komponente, der sich jetzt die Europäische Gemeinschaft künftig stärker zuwenden muß, und die durch Dänemark einen eifrigen Verfechter erhält. Werden diese Dinge für den kleinen Mann in der Gemeinschaft beweiskräftiger und greifbarer, kann auch in absehbarer Zeit in Norwegen ein Stimmungsumschwung eintreten. Es war einfach für die Kleinbauern und Fischer des norwegischen Königreichs zu wenig Praktisches für das tägliche Leben für den Fall angeboten worden, daß ihr Staat der EWG beitreten werde.

Es liegt also an der EWG, sich neu darzustellen und ganz speziell für den kleinen Mann in den abseitigen Provinzen Europas zu sorgen. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft darf nicht länger nur als Organisation der Bürokraten und der großen Unternehmen angesehen werden.

Carl Carsten

(-/ex/3.10.1972/bgy) - 2 -

SPD-"Wahlplattform 1972"

Mit dem Entwurf einer "Wahlplattform" für die Bundestagswahl 1972, den die SPD am Dienstag der Öffentlichkeit übergab, wird sich ihr Außerordentlicher Parteitag vom 13. bis 14. Oktober in Dortmund zu befassen haben. An seiner Ausarbeitung unter Leitung des Bundeskanzlers und SPD-Vorsitzenden Willy Brandt waren Mitglieder des Parteivorstandes, die Landes- und Bezirksvorsitzenden, Vertreter des Gewerkschaftsrates und die Arbeitsgemeinschaften der SPD beteiligt - gewiß ein kompetentes Forum. Dieser Entwurf, über dessen endgültige Fassung der Parteitag zu entscheiden hat, darf wohl ein großes Interesse der Öffentlichkeit beanspruchen. In ihm sind die Ziele des sozialdemokratischen Wollens, orientiert an den Notwendigkeiten einer Zukunft zugewandten Politik, präzise dargelegt. An der Spitze steht die Fortsetzung der von Brandt/Scheel aktivierten Friedenspolitik einschließlich eines vertraglich geregelten Nebeneinanders beider deutscher Staaten und der weitere Ausbau der sozialen Komponente innerhalb der Bundesrepublik. Einen bedeutsamen Rang nimmt in diesem Zusammenhang der Komplex für innere Sicherheit ein und die Wahrung der Freiheitsrechte unserer Bürger. Die neue Bundesregierung der sozialliberalen Koalition wird in ständigem Zusammenwirken mit allen Industrienationen, wobei der erweiterten EWG eine herausragende Bedeutung zukommt, alle Energien aufwenden, um ein Höchstmaß von Preisstabilität zu erreichen. Die Sozialdemokraten haben im Bund mit den Freien Demokraten in dreijähriger Regierungszeit Solides und Dauerhaftes geleistet, der Entwicklung zum inneren und äußeren Frieden Meilensteine gesetzt und sie haben auch für die nächste Legislaturperiode dem Bürger Solides anzubieten. Die "Wahlkampfplattform 72" macht es deutlich. (ae/ec/3.10.1972/ks)

+ + +

Siegen am 19. November alle Parteien?

Die Vorhersagen über die vermutbaren Ergebnisse der Bundestagswahl überschlagen sich in diesen Wochen. Sie springen innerhalb weniger Stunden von der Prohezeiung von CDU-Mehrheiten bis zu SPD-Mehrheiten, sie kündigen binnen Tagesfrist der SPD-FDP den Verlust des Koalitionsübergewichts und der CDU-CSU den Gewinn der Regierungsmöglichkeit an. Bei dem politisch ungeschulten Zeitungsleser ruft dieser Zahlenwirrwarr Verblüffung und Unglauben hervor, bei den "politischen Füchsen" in Bonn Achselzucken und manchmal auch verständnisvolles Lächeln. Der aus diesen differierenden Zahlen ablesbare angebliche Fazittatbestand, daß am 19. November eigentlich alle Parteien und alle Koalitionen siegen müßten, kann doch kaum andere Reaktionen auslösen. Diese Erfahrung, die sich bei uns wegen der außergewöhnlichen Umstände nur noch verbreitert, haben im übrigen die Bürger auch anderer demokratischer Staaten machen müssen. Was sich in diesem Bereich beispielsweise in den USA abspielt, das würde bei uns kaum noch verkraftet werden können. Warten wir also zunächst einmal ab, bis sich in greifbarer Nähe des Wahltages eine bessere und brauchbarere Übersicht abzeichnet, und warten wir vor allem den 19. November selber ab: Dann erst wird der Souverän Staatsbürger über erkennbare Leistung und reales Programm entscheiden, und dann werden wir auch die genauen Zahlen wissen. (ee/ee/3.10.1972/ks)

+ + +

Die Katze ist aus dem Sack!

Haus- und Grundbesitzer agitieren für die CDU/CSU

Der Zentralverband der Haus- und Grundeigentümer will offensichtlich von vornherein keinen Zweifel daran lassen, daß er sich massiv für die Wahlkampfziele der CDU/CSU einsetzen will. Diesen Eindruck muß jeder gewinnen, der die letzten Ausgaben der verschiedenen Zeitungen des Verbandes genauer unter die Lupe nimmt.

Da wird wieder das Schreckgespenst vom Verfechter des privaten Eigentums auf der einen und von seinem Feind auf der anderen Seite aus der Versenkung geholt. Man scheut sich nicht, jeden, der sich um die Harmonisierung von Eigentum und Gemeinwohl bemüht, schnell als gesellschaftsfeindlichen Kommunisten abzustempeln. Jedes Bemühen etwa um eine Konkretisierung der Sozialbindung des Grundeigentums wird als Streben nach Sozialisierung oder Kommunalisierung mißdeutet. Man ist nicht bereit zuzugestehen, daß es nicht nur die Alternative: Uneingeschränkte individuelle Verfügung über das Eigentum hier und staatlicher Dirigismus dort, sondern auch Lösungen gibt, die mit dem letzteren Extrem nichts gemein haben und dennoch die Sozialbindung des Eigentums berücksichtigen. Mit den Wahlkampffargumenten, die der Haus- und Grundbesitzer-Verband für die CDU ins Feld führt, wird offenbar der Versuch unternommen, unter den vielen kleinen Eigenheimbesitzern Unsicherheit auszulösen und ihnen einzureden, daß nur eine der demokratischen Parteien gewillt sei, sie in ihrem Besitz zu schützen.

Diese Haltung des Verbandes entspricht leider fast schon "guter Tradition". Frappierend ist dabei, wie nahezu identisch bis in die Wortwahl hinein die Haltung von CDU/CSU und Haus- und Grundeigentümer-Verband ist. "Sozialisierung durch die Hintertür" hieß es in der "Norddeutschen Hausbesitzerzeitung" vom 20. August 1971 zur Kennzeichnung des Städtebauförderungsgesetzes, "Soziali-

sierung durch die Hintertür" schrieb Dr. Bruno Heck zum selben Thema im Pressedienst seiner Partei (15. Juni 1971). Ebenso deutlich die Parallelität der Argumentation gegen die Verstärkung des Mieterschutzes: "Die Mobilität auf dem Wohnungsmarkt, die ohnehin durch das von der Koalition Durchgepeitschte verschärfte Kündigungsgesetz schon erschwert worden ist, wird dadurch zusätzlich behindert" (CDU-MdB Erpenbeck am 13. September 1972). "Der Zentralverband der deutschen Haus- und Grundbesitzer befürchtet, daß durch die Verabschiedung des Mietengesetzes eine Zementierung der bestehenden Mietenverhältnisse erfolgen wird" ("Der Haus- und Grundbesitzer" vom 13. Dezember 1971).

Weil die CDU/CSU ganz offensichtlich die Interessen der Haus- und Grundbesitzer über die Belange von Millionen Mietern stellt, forderte der Münchner Haus- und Grundbesitzerverein seine Mitglieder im Juli 1972 auf, in die CSU einzutreten. Die Zeitung der Haus- und Grundbesitzer in Baden-Württemberg warb am 14. Oktober 1971 mit folgender Formulierung für die CDU: "Sieben Kandidaten der CDU für den Gemeinderat. Alle sieben selbst Mitglied im Stuttgarter Haus- und Grundbesitzerverein. Alle sieben kennen Ihre Ziele, aber auch Ihre Sorgen aus eigener Erfahrung. Alle sieben sind in der richtigen Partei".

Gegen die SPD-"Vorschläge zur Reform der Bodenordnung", die vor allem dem preistreibenden Wucher und der wackelhängenden Spekulation mit dem Boden Einhalt gewähren sollen, laufen die CDU/CSU und der Zentralverband wieder einmal gemeinsam Sturm. Die "Gegenargumente" sind auch in der Wortwahl völlig identisch: "Die SPD hat die Katze aus dem Sack gelassen" (CDU-MdB Helmut Prassler im "DUD" vom 7. August 1972). "Die Katze ist aus dem Sack!" (Bayerische Hausbesitzerzeitung" vom 5. August 1972). Damit ist allerdings die Katze aus dem Sack.

Es ist kaum zu erwarten, daß die CDU/CSU sich von dieser Art Wahlhilfe distanziert, die sich so lückenlos in ihre Angstkampagne einfügt. Damit macht die Opposition aber auch ganz klar, wessen Interessen sie wirklich vertritt.

Martin Conrads
(-/ee/3.10.1972/ks)

Große Reformfolge für das Recht

Auf dem Wege zu einer sozial-humaneren Lebensordnung

Von Dr. Claus Arndt MdB

Mitglied des rechtspolitischen Ausschusses beim SPD-Vorstand

Als erste Regierungserklärung seit 1949 hatte die des Bundeskanzler Brandt einen ganzen Abschnitt enthalten, der die von der sozialliberalen Koalition für notwendig und in dieser Legislaturperiode möglich erachteten Reformvorhaben auf dem Gebiete des Rechts aufführte. Es erscheint angebracht, jetzt eine Bilanz dieser rechtspolitischen Arbeit in dem Bewußtsein zu ziehen, daß dem Bundestag in der VI. Periode nur etwas mehr als zwei Jahre für die parlamentarische Beratung im Rechtsausschuß zur Verfügung gestanden hatten - das erste Drittel dieses Jahres mußten die Rechtspolitiker sich ausschließlich der verfassungs- und völkerrechtlichen Prüfung der Verträge von Moskau und Warschau widmen.

Gerade wenn man das berücksichtigt, zeigt sich, welche großen Reformleistungen diese Bundesregierung und Bundestag vollbracht haben. Die Bundesregierung hat mit einer einzigen Ausnahme - dem Gesetz über eine eigenständige Richterbesoldung - nicht nur sämtliche in der Regierungserklärung angekündigten Reformvorhaben verabschiedet und die entsprechenden Gesetzentwürfe den parlamentarischen Körperschaften zugeleitet. Sie hat darüber hinaus eine Reihe weiterer Gesetze auf den Weg gebracht, die unsere Rechtsordnung im fortschrittlichen Sinne weiterentwickeln.

Durch die Begründung der Zuständigkeit des Bundesjustizministeriums für die Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit wurde der erste Schritt auf ein einheitliches Rechtspflegeministerium getan. Für die dreistufige Gliederung der ordentlichen Gerichtsbarkeit, die zusammen mit weiteren Maßnahmen bis etwa 1980 dem Bürger ein verbessertes, schnelleres und durchsichtigeres Gerichtsverfahren schaffen soll, wurde der Entwurf des Ersten Justizreformgesetzes fertiggestellt. Die Bundesregierung hat weiter ihren Anteil an der Reform des Ehe- und Familienrechts durch die Vorlage der beiden Eherechtsreformgesetze abgeschlossen, die das materielle und das Verfahrensrecht regeln. Die Strafrechtsreform wurde durch

das 3. bis 5. Strafrechtsreformgesetz vorangetrieben. Während das Staatsschutzrecht bereits im Gesetzblatt steht, hat der Bundestag die Behandlung des Sexualstrafrechts und des Einführungsgesetzes zum StGB abgeschlossen. Der Entwurf für die Ahndung der Straftaten gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit liegt dem Parlament beratungsreif vor. Ebenso die Regierungsvorlage zum Strafvollzugsgesetz, das mit besseren Resozialisierungsmaßnahmen der verstärkten Bekämpfung der Kriminalität dienen soll.

Neben der Behandlung der Ostverträge und von sieben Grundgesetzänderungen - darunter der Schaffung von Bundeskompetenzen für den Umweltschutz und der Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre - sowie der Mitberatung so wichtiger Gesetzesvorlagen wie der Reform des Mietrechts, dem Städtebauförderungsgesetz oder dem Betriebsverfassungsgesetz hat der Bundestags-Rechtsschuss in über 90 Sitzungen insgesamt 95 Vorlagen - meist Gesetze - endgültig verabschiedet und zu acht Vorlagen Rechtsgutachten erstattet.

Hierzu zählen die Reform des Bundesverfassungsgerichts mit der Schaffung eines einheitlichen Richterstatus und der Möglichkeit, von der Mehrheitsmeinung abweichende Voten zu publizieren. Ab 1. Oktober 1972 werden die Richter aller Gerichte ihre 40 verschiedenen obrigkeitstaatlichen Titel ablegen und allein die Amtsbezeichnung ihrer Tätigkeit führen: Richter. Alle Gerichte werden ihre Selbstverwaltung durch von ihren Richtern demokratisch gewählte Präsidien ausüben. Durch Neufassung des Richtergesetzes wurde den Ländern die Möglichkeit eröffnet, neue Formen der Juristenausbildung - z.B. einstufige anstelle der bisher zwei Stufen - zu erproben. Neben der Mitwirkung bei den sog. Sicherheitsgesetzen (Haftrecht, Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz) wurde bestimmt, daß in Zukunft jeder, der unschuldig Strafverfolgungsmaßnahmen erleidet, vom Staat entschädigt wird. Das Adoptionsrecht wurde neu geordnet. Das gesamte Seerecht des Handelsgesetzbuchs erhielt eine neue moderne Fassung.

So hat - wie diese Beispiele zeigen - die sozialliberale Koalition trotz der verkürzten Zeit viel getan, um für alle Bürger eine sozialere und humanere Lebensordnung zu schaffen und damit einmal mehr jene widerlegt, die immer davon reden, daß angekündigte Reformen nicht verwirklicht würden.

(-/ee/3.10.1972/bgy)

+ + +